

## Die Umweltfrage als Systemfrage

*Ist ein ökologischer Kapitalismus denkbar? Können steigende Energiepreise, Zertifikatehandel, verantwortungsbewusste Verbraucher und starke Innovationsanreize für eine nachhaltige Entwicklung sorgen? Wo liegen die Grenzen einer solchen Entwicklung und wie können sie überwunden werden?*

### 1. Gebrauchswertbereiche und Umweltfrage

Die Lösung der Umweltfrage erfordert Klarheit darüber, worin denn das Organisationsprinzip des modernen Kapitalismus besteht. Dieses Prinzip ist nicht einfach Privateigentum und voneinander unabhängige Unternehmen, die auf dem Markt zueinander in Wettbewerb stehen. Dies ist eine Chimäre der Lehrbücher. Vielmehr ist der Gegenwartskapitalismus zu erfassen als ein System von Gebrauchswertbereichen<sup>1</sup>. Beispiele für diese Gebrauchswertbereiche sind die Energieproduktion, das Verkehrswesen, das Gesundheitswesen, Rüstung und Militär, die Nahrungsmittelversorgung, das Geldwesen, das Kommunikationswesen, Rundfunk, Fernsehen, Presse. Die Bereiche haben umfangreiche Schnittmengen, so Energie und Transport oder Energie und Rüstung und Militär. Die Gebrauchswertbereiche sind stofflich eingegrenzt. Sie dienen der Erfüllung eines bestimmten, gesellschaftlichen Bedarfs. Diesen Bedarf kann die Privatwirtschaft auf sich gestellt nicht decken. Sie kann den umfassenden Kooperations- und Steuerungserfordernissen nicht gerecht werden. Sie kann den Kapitalismus in all seinen produktionstechnischen und sozialen Facetten nicht funktionsfähig erhalten, sie kann ihn weder befrieden und stabilisieren, noch die Kapitalverwertung sicherstellen. Eine staatsfreie Wirtschaft kann es nicht geben. Vielmehr erfordert das Funktionieren des Kapitalismus die Mitwirkung des Staates – nicht nur im Interesse der Kapitalverwertung: Der Staat hat *alle* gesellschaftlichen Interessen in Rechnung zu stellen – sei es, indem er sie unterdrückt oder gewaltsam ausschaltet, sei es, indem er den unumgänglichen Kompromiss organisiert.

Innerhalb dieser Bereiche herrscht eine dichte staatliche Normierung vor oder ein System von Verträgen zwischen den einzelnen Elementen des Bereiches, an deren Zustandekommen der Staat maßgeblich mitgewirkt, die er veranlasst, oder deren Inhalt er weitgehend beeinflusst hat. Traditionell waren umfangreiche staatliche Unternehmen Bestandteile dieser Bereiche. Deren Privatisierung aber bedeutet nicht, dass diese Bereiche nun nicht mehr existieren: Sie sind im Rahmen einer neuen Regulierung (nicht: Deregulierung) anders organisiert. (Ein Schlagwort in dieser Debatte ist die öffentlich-private Partnerschaft.) Der so skizzierte Funktionsmechanismus des Bereiches muss die Steuerung der Produktion sicherstellen, die erforderlichen kollektiven Entscheidungen ermöglichen, die privaten und staatlichen Entscheidungseinheiten miteinander verklammern – dies alles mit dem Zweck, Kapitalverwertung, gesellschaftliche Bedarfsdeckung und gesellschaftlichen Zusammenhalt (die Vermeidung oder Eindämmung von Konflikten) miteinander in Einklang zu bringen.

---

<sup>1</sup> Ausführlicher: Schui, H. , Staatsmonopolistische Komplexe als Gebrauchswertbereiche und die Trennung von Staat und Wirtschaft. In: Politik des Kapitals – heute. Festschrift für J. Huffschild, Hamburg 2000

Die politische Lösung der Umweltfrage kann nur im Rahmen dieser Gebrauchswertbereiche (Komplexe) erfolgen. Nicht nur, weil dies in der Realität der Ausgangspunkt wäre: Vielmehr sind innerhalb der Komplexe bereits Strukturen entwickelt, die politisch anders genutzt werden können, als dies gegenwärtig der Fall ist. Und diese Strukturen haben sich herausgebildet, weil – auch bei kompromisslos kapitalistischen Zielen – eine Organisationsform, die nur auf Privateigentum, Markt und Wettbewerb setzt, keine zufriedenstellenden Ergebnisse zulässt. In der Umweltfrage führen aus diesem Grund Strategien nicht zum Ziel, die auf ein verändertes Konsumentenverhalten setzen oder die die Lösung aller gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Fragen, so auch der Umweltfrage, vom Wettbewerb als Entdeckungsverfahren (v. Hayek) erwarten. Die technische Entwicklung kann unter Umweltsichtspunkten (ebenso wie unter dem Aspekt der Humanisierung der Arbeitswelt<sup>2</sup>) nicht einfach jenem profitbestimmten Entdeckungsverfahren überlassen werden.

## 2. Marktsimulation: marktkonforme oder ordoliberaler Lösungen

Die kapitalistische Dynamik kann nicht sicherstellen, dass der Produktionsprozess und die Beschaffenheit der Erzeugnisse (die technische Entwicklung insgesamt also) einen Stand anzielen, der die natürliche Umwelt nicht schädigt. Auch der politische Ansatz, externalisierte Kosten zu internalisieren, greift zu kurz: Denn die Schäden lassen sich in der Regel nicht als Kosten beziffern, die dann – umweltpolitisch – in einem betriebswirtschaftlichen Sinn internalisiert, also den Unternehmen auferlegt werden könnten. Folglich läuft der Versuch, Kosten zu internalisieren, auf eine prohibitive Steuer hinaus, deren Wirksamkeit den Vergleich eingehen muss mit Verboten und entsprechenden Sanktionen. Ähnlich verhält es sich mit Zertifikaten. Insgesamt ist die Vorstellung, durch Marktsimulation (Internalisierung von Kosten, Zertifikate usw.) die Umweltfrage lösen zu können, der Versuch, der Systemfrage auszuweichen, die von der Umweltfrage objektiv gestellt wird. Ohne dies im Einzelnen auszubreiten: Jede Marktsimulation erfordert umfassende Kontrollen. (Sind die Umweltschäden als Kosten tatsächlich internalisiert, entspricht die Verschmutzung den Rechten, die das Zertifikat gestattet usw.?) Diese Kontrolle ist vom Staat auszuüben. Eine tatsächlich privatwirtschaftliche Lösung würde diese Kontrolle den anonymen Kräften des Wettbewerbs überlassen. Mit anderen Worten: Sogenannte marktkonforme oder ordnungspolitisch unbedenkliche, d.h. ordoliberaler Lösungen – wie sie den Grünen beispielsweise vorschweben – können überhaupt nur mit staatlicher Kontrolle wirken. Wenn es aber ohne Staat nicht geht, wenn sein Eingreifen auch bei dieser als ideologisch zulässig eingeschätzten Variante legitimiert ist, dann hat der Staat alles Recht, unmittelbar zu steuern, indem er öffentliche Unternehmen zur Entwicklung von Umwelttechnik gründet, die Forschung selbst in die Hand nimmt, die privaten Unternehmen zwingt, bestimmte Verfahrenstechniken zu nutzen.

---

<sup>2</sup> Für die Unternehmen ist technischer Fortschritt, der die Produktivität der Arbeit durch mehr Arbeitsstress erhöht, eine durchaus gängige Methode zur Steigerung des Gewinns. Analoges gilt für neue Erzeugnisse, die kulturelle Fehlleistungen fördern oder die Gesundheit schädigen. Folglich reicht es nicht hin, wenn linke Politik die Produktivkraftentwicklung den Unternehmen überlässt und das Ergebnis durch eine andere Verteilung sozial nutzen will.

### 3. Lösungen unter Betonung der Konsumentensouveränität

Kapitalistische Produktion orientiert sich am erwarteten Gewinn. Dieser Umstand ist Ausgangspunkt für eine Politikvariante, die die Lösung der Umweltfrage in veränderten Präferenzen der Endnachfrage sieht: Informationen und Verantwortungsbewusstsein sollen den privaten Verbrauch so umstrukturieren, dass die Unternehmen aus Renditegründen auf andere Erzeugnisse und Produktionsverfahren umstellen – oder, dass wenigstens mit den fraglichen Erzeugnissen sparsamer umgegangen wird. Ein solcher Ansatz entspricht den üblichen Markttheorien: Der souveräne Konsument lenkt die Produktion. Bei der Umweltfrage muss dies mehr als das Endprodukt selbst betreffen. Die Konsumentenpräferenzen müssen sich insbesondere auf die Produktionsverfahren beziehen. Milton Friedman überhöht diese Position in „Kapitalismus und Freiheit“: Die freie Konsumentenentscheidung sei in jedem Fall der demokratischen Mehrheitsentscheidung vorzuziehen, denn hier werde vermieden, dass die Mehrheit der Minderheit ihre Vorstellungen aufzwingt. Der Markt sei die umfassendste demokratische Veranstaltung, die die Menschheit je hervorgebracht habe. Doch abgesehen von diesem ideologischen Rankenwerk: Ein solches Verfahren wird nicht zum Ziel führen. Zunächst setzt es eine umfassende Information der Endverbraucher voraus – nicht nur über die Erzeugnisse, sondern auch über die Produktionsverfahren. Diese Informationen können von öffentlichen Stellen und Verbraucherverbänden beschafft und verbreitet werden. In jedem Falle aber ist wegen des Umfangs der Aufgabe eine hinreichende öffentliche finanzielle Unterstützung bei der Informationsgewinnung und -verbreitung notwendig. Doch auch die Verbraucherverbände sind politisch zu kontrollieren. Denn es ist nicht ausgeschlossen, dass hier die Unternehmen ihren Einfluss subtil geltend machen. Aber auch, wenn sich die Informationsfrage zufriedenstellend lösen ließe, eine Aufgabe bleibt ungelöst: Werden die Endverbraucher die Informationen aufnehmen und ihr Verhalten ändern? Dies ist besonders dann fraglich, wenn die erwünschten Produktionsverfahren und Erzeugnisse teurer sind. Haushalte mit niedrigem Einkommen werden trotz aller Information – und trotz aller guten Einsichten – genötigt sein, sich billiger mit herkömmlichen Erzeugnissen zu versorgen. Hinzu kommt der Widerstand der Unternehmen. Dezentrale, alternative Energieversorgung beispielsweise kann kaum der Geschäftsbereich von Großversorgern sein. Eigentümer dieser (im Rahmen einer neuen Technik durchaus wirtschaftlich arbeitenden) Anlagen können Privatpersonen oder Gemeinden sein. Oder mit anderen Worten: Wenn Großversorger ihre Marktstellung einer Technik verdanken, bei der sich erhebliche Kostenvorteile aus der Größe der Produktionsanlage oder des Verteilungssystems ergeben, gleichzeitig aber eine alternative Technik möglich ist, die ein wesentlich geringeres Kapitalminimum hat, dann werden die Großunternehmen aus dem Markt verdrängt. Sie werden daher politisch alles daransetzen, die Alternative zu verhindern. Dies gilt nicht nur für die Energieerzeugung: Ein ähnlicher Gegensatz besteht zwischen Großmästereien und ökologischer Viehzucht oder bei Gemüse- und Getreideanbau. Überdies ist bei der Nahrungsmittelproduktion die gesamte Wirkungsweise des agrar-industriellen Komplexes zu beachten. Der informierte Verbraucher allein wird hier eine Änderung nicht herbeiführen können. Vielmehr muss die alternative Produktion sehr umfangreich öffentlich gefördert werden, damit sie sich gegenüber ihrer Konkurrenz behaupten kann: Markt und Wettbewerb können die notwendige Kapitalentwertung im Bereich der herkömmlichen Produktion nicht sicherstellen. Auf schöpferische Zerstörung lässt sich hier nicht hoffen.

#### 4. die Reaktion von Privatwirtschaft und Wettbewerb auf knappe Rohstoffe

Der vorherrschende Umgang mit der Umwelt-, vor allem mit der Energiefrage, folgt trotz aller verbalen Vignetten dem Hayekschen Grundsatz, dass Privateigentum, Gewinnorientierung und Wettbewerb das in jedem Fall überlegene Entdeckungsverfahren seien. Werden Rohstoffe knapper und damit teurer, dann regt dies – so die Vorstellung – die Entwicklung und Anwendung neuer Verfahren an, mit denen Rohstoffe gespart (Produktionsprozesse mit höherer Ressourceneffizienz, Kraftwagen mit niedrigerem Kraftstoffverbrauch), Ersatzstoffe hergestellt oder neue Produktionsverfahren angewendet werden, so der Ersatz fossiler Energie durch nachwachsende Rohstoffe oder Sonnen-, Wind- und Wasserenergie.

Solche Entdeckungsverfahren (die Grünen: die unsichtbare Hand wird grün) allerdings setzen zu spät ein, dauern zu lange oder haben eine Reihe von schwerwiegenden Nebenwirkungen: Grundsätzlich erfordert umfassender technischer Fortschritt langfristige Unternehmensplanung. Dem aber steht das börsenorientierte Ziel des kurzfristigen Gewinns im Weg. Weiterhin: Im Energiebereich wird der technische Fortschritt verzögert durch die militärische Absicherung der Energiezufuhr und der Rohstoffzufuhr allgemein. Der Krieg um Rohstoffe wird befördert durch den Einfluss der Rüstungsindustrie. Diese muss ein wirtschaftliches Interesse daran haben, außenwirtschaftliche, oder allgemein, außenpolitische Fragen militärisch zu lösen. Dies verbindet sich mit dem Interesse (beispielsweise) der Erdölgesellschaften, ihr eingesetztes Sachkapital und ihre technischen Kenntnisse nicht durch die Nutzung anderer Energie und anderer Herstellungsverfahren zu entwerten. Überdies eröffnen sich, wenn knappe fossile Energie teurer wird, neue rentable Investitionsfelder zum Abbau desselben Rohstoffs: Es können nun Vorkommen gefördert werden, die bis dahin nicht gewinnbringend ausgebeutet werden konnten. Solange, wie dort gute Geschäfte gemacht werden können, wird die Nutzung von Sonnen-, Wind- oder Gezeitenenergie nicht energisch vorangetrieben. All dies stärkt das Beharrungsvermögen der Hersteller traditioneller Energie. Hinzu kommt die Aussicht auf höheren Gewinn bei steigender Bergrente. Auch wenn die Öllagerstätten nicht im Eigentum der Ölgesellschaften sind: Es ist sicher, dass die zunehmende Knappheit nicht nur die Bergrente erhöht, sondern auch den Ölgesellschaften zusätzlich Preissteigerungen ermöglicht. All diese Momente zusammengenommen werden eine zügige, privatwirtschaftliche Lösung der Energiefrage hinauszögern. Selbst also, wenn grundsätzlich von Privateigentum, Markt und Wettbewerb als einem überlegenen Entdeckungsverfahren auszugehen wäre, es wirkt nicht, weil auf kurze Sicht auf andere Lösungen ausgewichen werden kann (die militärische Lösung) oder weil die kurzfristige Gewinnorientierung die langfristige technische Planung verdrängt. In der Praxis fehlt also ein hinreichend wirksamer Anreiz.<sup>3</sup>

#### 5. Verteuerung von Rohstoffen und die soziale Frage

Die Lösungen prohibitive Steuer, Zertifikate (2), Konsumentensouveränität (3) und Wettbewerb als Entdeckungsverfahren (4) nehmen eine Verteuerung der Energie in

---

<sup>3</sup> Ein aktuelles Beispiel: Wenn wegen der Polarisierung von Vermögen und Einkommen auch bei steigenden Kraftstoffpreisen der Absatz von Personenwagen mit hohem Verbrauch steigt, haben die Hersteller keinen Anlass, eine günstigere Antriebstechnik zu entwickeln. (Freiwillige Selbstverpflichtungen der Autohersteller werden aus diesem Grund nicht eingehalten.)

als Steuerungselement Kauf. Dies entspricht den Grundsätzen einer marktgerechten Preisbildung: Knappe Produkte werden teurer; dies soll eine sparsamere Verwendung der Produkte auslösen, die Herstellung von Ersatzstoffen oder andere Produktionsverfahren fördern. Die Verteilung der Kosten bei diesem Innovationsprozess allerdings wird unzureichend analysiert. Bei der anhaltenden Polarisierung von Einkommen und Vermögen wird die große Mehrheit der Bevölkerung von der Verteuerung der Energie besonders hart getroffen: Sie kann nicht mit einer Verringerung des laufenden Sparens reagieren. (Das Einkommen ist zu niedrig, um überhaupt zu sparen – anders als bei Beziehern hoher Einkommen mit hoher Sparquote.) Folglich ist vor allem weniger Heizung und Transport die Lösung. Zu vermuten ist allerdings, dass diese Ausgaben bereits auf ein unumgängliches Minimum verringert worden sind, wobei dieses Minimum wesentlich bestimmt ist durch die Mobilitätserfordernisse, die von der Arbeitsverwaltung vorgegeben sind. Diese Haushalte können also nur andere Konsumausgaben absenken.

Politisch folgt daraus: Lösungen, die wesentlich in der Verteuerung der Energie als Steuerungselement bestehen, müssen mit Verteilungspolitik ergänzt werden. Denn es ist nicht zu rechtfertigen, dass die Kosten des erforderlichen technischen Wandels von Haushalten mit niedrigem Einkommen getragen werden. Dies gilt fraglos auch für alle anderen Lösungen, die nicht auf dieses Steuerungselement setzen, die aber dennoch aus der Sache heraus von künftig höheren Energiepreisen ausgehen müssen, soweit alternative Energieproduktion höhere Kosten verursacht.

## 6. militärische Lösungen

Dass die Linke Krieg allgemein und Krieg für Öl gegen die islamischen Länder ablehnt, ist hinreichend begründet. Dennoch sollte aus Gründen der Analyse der Standpunkt der Kriegsbefürworter eingenommen werden, um sich Klarheit über zwei allgemeinere Gesichtspunkte zu verschaffen: Was eigentlich ist in einem abstrakten Sinn Krieg und was ist die konstitutive Kraft des islamischen Gegners? In seinem Vorhaben, den Krieg zu entmystifizieren, nicht aber zu verurteilen (!), schreibt Clausewitz: „Der Krieg ist (...) ein Akt der Gewalt, um den Gegner zur Erfüllung unseres Willens zu zwingen.“<sup>4</sup> In diesem Sinne ist „der Krieg (...) nichts als eine Fortsetzung des politischen Verkehrs mit Einmischung anderer Mittel.“<sup>5</sup> Und weiter: „Das Unterordnen des politischen Gesichtspunktes unter den militärischen wäre widersinnig, denn die Politik hat den Krieg erzeugt; sie ist die Intelligenz, der Krieg aber bloß das Instrument, und nicht umgekehrt. Es bleibt also nur das Unterordnen des militärischen unter den politischen Gesichtspunkt möglich.“<sup>6 7</sup>

Dieses Unterordnen aber ist nicht möglich. Denn der Krieg bemächtigt sich aus psychologischen Gründen der Politik, der Gesellschaft insgesamt: Die Politik ist dann nicht mehr die Intelligenz, und der Krieg nicht mehr das bloße Mittel. Die Politik hat

---

<sup>4</sup> Carl von Clausewitz, Vom Kriege, Frankfurt Berlin 1991, S. 17

<sup>5</sup> ebenda, S. 674

<sup>6</sup> ebenda, S. 677

<sup>7</sup> Trotz aller Distanz zu Clausewitz sollte die Linke eine Überlegung von ihm ohne Abstriche übernehmen „Es ist überhaupt nichts so wichtig im Leben, als genau den Standpunkt zu ermitteln, aus welchem die Dinge aufgefaßt und beurteilt werden müssen, und an diesem festzuhalten; denn nur von *einem* Standpunkte aus können wir die Masse der Erscheinungen mit Einheit auffassen, und nur die Einheit des Standpunktes kann uns vor Widersprüchen sichern.“ Ebenda, S. 676

den Krieg nicht mehr in der Hand, vielmehr bestimmt der Krieg die Politik. Er kratzt die dünne Firnis der Zivilisation rasch ab. Dies lässt sich am Verhalten der Soldaten im Kampfeinsatz ebenso ablesen wie an der zunehmenden Gleichgültigkeit der Bevölkerung gegenüber dem Krieg – solange sie nicht selbst unmittelbar davon betroffen ist. Schlagworte wie „Krieg gegen die Achse des Bösen“, „Krieg gegen den Terror“ oder „Wir sind viel zu bedeutend, um uns heraushalten zu können“ (Schäuble) können das weiter illustrieren.

Der zweite Gesichtspunkt betrifft die Haltung des Gegners. Würde in einem besiegten islamischen Land die Losung einfach heißen „Der König hat eine Bataille verloren. Ruhe ist die erste Bürgerspflcht!“, dann ließe sich der Krieg notfalls noch auffassen als „ein Akt der Gewalt, um den Gegner zur Erfüllung unseres Willens zu zwingen“. Der tiefgreifende Wandel aber im Islam lässt diese Reaktion nicht erwarten. Francis Robinson, Islamwissenschaftler an der Royal Holloway, University of London, beschreibt diesen Wandel so: Kennzeichnend ist das unerwartete Aufkommen einer (oft bedrohlich wahrgenommenen) Energie, Kraft und Entschlossenheit, die begleitet wird von einer Verschiebung muslimischer Frömmigkeit von einem jenseitigen zu einem diesseitigen Mittelpunkt der Aktivität. Der Glaube äußert sich weniger in Kontemplation, in der Ergebung in den Willen Allahs, im Glauben, dass er das Leben der Menschen gestaltet. Die Oberhand gewinnt vielmehr ein Glaube, in dem das Bewusstsein vorherrscht, dass es die Aufgabe der Muslime ist, jedes Einzelnen von ihnen, eine islamische Gesellschaft zu begründen. Dahinter steckt die machtvolle Idee des "Califat of Man": Die historische Funktion des Kalifen als Nachfolger des Propheten geht auf das gläubige Individuum über. Dieses übernimmt die Aufgabe des legitimen weltlich-religiösen Führers, der die Gemeinschaft gestaltet. Das Ergebnis ist ein tätiger, entschlossener – für einige Islamwissenschaftler – ein protestantischer Islam. Sein Aktivismus und seine Energie übertragen die Verantwortung, eine islamische Gesellschaft zu schaffen, auf jeden einzelnen Muslim.

Diese Verantwortung hat, für sich genommen, nichts Terroristisches an sich. Dies ist energisch zu betonen. Aber wenn der Einzelne sich individuell für die Schaffung einer islamischen Gesellschaft verantwortlich wahrnimmt, kann ihm der Anschlag, der Sabotageakt ein legitimes Mittel hierfür sein. Die religiöse Unterweisung lehrt hierbei die individuelle Verantwortung des Einzelnen vor Allah. Diese eigene und unmittelbare Verantwortung wiederum schließt im Wesentlichen aus, dass der geistliche Lehrer eine Funktion als Organisator oder militärischer Befehlsgeber wahrnimmt.

Militärisch lässt sich diese theologische Richtung, diese Idee nicht bekämpfen. Militärische Erfolge gegenüber den Taliban, Vernichtung „terroristischer Netzwerke“ sind keine wirklichen Siege: Die Triebkraft des Islamismus gegen die westliche und kapitalistische Organisation der Gesellschaft ist militärisch nicht auszuschalten. (Zu betonen ist: Der islamistische Antikapitalismus ist nicht sozialistisch. Er hat nichts gemeinsam etwa mit den Ideen Nassers.)

#### 7. die Linke Alternative: alternative Energiequellen (nicht nachwachsende) – gemeinwirtschaftlich genutzt

Die Lösung der Klimafrage erfordert ebenso wie die Sicherung der Energieversorgung die Nutzung der Sonnen-, Wind- und Wasserenergie, des

Weitere verbesserte Techniken der Energieeinsparung. Diese Energie muss zwingend in Betrieben hergestellt werden, deren Zweck nicht Gewinnerzielung ist. Drei Gründe sind hierfür maßgeblich: Erstens verursacht diese Energie keine Klimaschäden. Zweitens fällt keine Berg- oder Grundrente an, die die Energie verteuert. Drittens verbilligt eine nicht privatwirtschaftliche Energieproduktion die Energie. Da Berg-, Grundrente und Kapitalrentabilität preisbildende Momente sind, wird eine alternative Energieherstellung bereits in überschaubarer Frist billiger als fossile Energie oder Biosprit sein.

(a) Zunächst zur *Berg- und Grundrente*: Die Erdölvorkommen sind fast ausnahmslos in staatlichem Eigentum. Das ausschließliche Eigentum und die (zunehmende) Knappheit ermöglichen eine steigende Bergrente. (OPEC ist ein operationaler Ausdruck hiervon.)<sup>8</sup> Die Bergrente bestimmt maßgeblich den Preis. Ähnlich verhält es sich mit der Grundrente bei der Herstellung von Energie aus *nachwachsenden* Rohstoffen. Knappe Anbauflächen steigern die Pacht bzw. den Preis des Bodens und damit den Preis der Energie – vorausgesetzt, der Boden ist in privatem Eigentum. Im Kontext der Energieproduktion hängt also wegen der Knappheit der Energie die Grundrente von der Bergrente ab. Folglich ist es kaum möglich, den Energiekosten, die die Bergrente verursacht, durch Energieerzeugung mit nachwachsenden Rohstoffen zu entgehen. Die Rentenfrage lässt sich so nicht umgehen.

Bei der Erzeugung von Energie aus nachwachsenden Rohstoffen sind zwei weitere Folgen zu beachten: Erstens wird die Vergrößerung der Anbaufläche schwerwiegende ökologische Schäden verursachen. Des Weiteren steigen wegen der Verknappung des Bodens die Nahrungsmittelpreise: Je größer der Bedarf an Treibstoff, um so höher die Kosten der Lebenshaltung in den betroffenen Ländern. Neben den Umweltschäden besteht das Ergebnis demnach darin, dass von den ohnehin Armen in den Entwicklungsländern nun noch mehr verhungern. Damit wäre die Sicherung der Rohstoffzufuhr durch Krieg gegen die Erölförderländer nun teils ergänzt, teils ersetzt durch Gewalt gegen die Armen, diesmal in der Form des stummen Zwangs der ökonomischen Verhältnisse. Dies allerdings ist noch nicht das endgültige Ergebnis.

Da zweitens die Reallöhne wegen der steigenden Nahrungsmittelpreise sinken, werden überall dort, wo es in größerem Umfang Lohnarbeit, Industriearbeiterschaft gibt (Schwellenländer) und wo sich die Arbeiterschaft in Gewerkschaften oder anders organisiert, Lohnerhöhungen durchgesetzt – oft als Ergebnis langer und harter Konflikte. Damit sinkt der unternehmerische Gewinn. Anders als in den hochindustrialisierten Ländern besteht in den Schwellenländern ein engerer Zusammenhang zwischen Unternehmensgewinnen und Investitionen. Hier ist der Gewinn tatsächlich im Wesentlichen noch Akkumulationsfonds. Der sinkende Gewinn wird demnach die Investitionen drosseln. Damit werden die betreffenden Länder gegebenenfalls zu bedeutenden Energielieferanten. Ihre industrielle Entwicklung aber fällt zurück. Ebenfalls kann nicht erwartet werden, dass der Gewinn aus der Energieproduktion (Landwirtschaft) nun als Akkumulationsfonds dient: Vielmehr wird sich hier ein Agro-Energiekomplex herausbilden mit maßgeblicher Teilhabe transnationaler Konzerne. Schon jetzt rüsten Monsanto und ähnliche Konzerne auf,

---

<sup>8</sup> Zweck eines Krieges ist, die Eigentumsverhältnisse so zu verändern, dass sich die Bergrente verringert oder – dies ist wahrscheinlicher – einem anderen Eigentümer zukommt.

um Boden aufzukaufen oder Saatgut, Dünger und Pflanzenschutzmittel zu liefern. Am Beispiel United Fruit lässt sich die wahrscheinliche weitere Entwicklung zeigen. Die Überschüsse dieses Agro-Energiekomplexes werden fraglos nicht der Industrialisierung des betreffenden Landes dienen.

Ein Ausweg aus dem Dilemma der Berg- und Grundrente ist Sonnen-, Wind- und Wasserenergie. Mit Ausnahme des Baus von Talsperren (Enteignung von Land) ist die Nutzung des Rohstoffs nicht beschränkt durch Eigentumsrechte. (Dies gilt ebenfalls für Gezeitenkraftwerke.)

(b) Die *privatwirtschaftliche* Produktion von Energie auf dieser Grundlage ist nicht zweckmäßig. Der Einsatz von Realkapital je hergestellter Einheit Energie ist bei alternativer ebenso wie bei herkömmlicher Energieerzeugung beträchtlich, der Kapitalkoeffizient ist also sehr hoch.<sup>9</sup> Folglich ist, gegeben eine bestimmte privatwirtschaftliche Profitrate, der Profitanteil am Produktpreis sehr hoch. Unser Ziel aber ist ein niedriger Energiepreis. Weil nun der Kapitalkoeffizient recht hoch ist und damit zwingend auch der Gewinnausschlag auf die Kosten, kann bei nicht privatwirtschaftlicher Produktion zu einem bedeutend niedrigeren Preis mit Energie versorgt werden. Es ist dann eine politische Frage, welchen Überschuss der gemeinwirtschaftliche Betrieb zur Finanzierung weiterer Nettoinvestitionen erwirtschaften soll bzw. wie hoch der aus dem Steueraufkommen finanzierte Anteil der Nettoinvestitionen sein soll.

Niedrigere Preise durch nicht-privatwirtschaftliche Produktion machen die alternative Energieproduktion rascher wirtschaftlich im Vergleich zur herkömmlichen Energieproduktion – vor allem, wenn die dort steigenden Preise beachtet werden.

Konkrete Projekte lassen sich leicht entwickeln: Die Entwicklung von Technik zur Herstellung alternativer Energie, zur Einsparung von Energie muss angesichts von systematischem Marktversagen (besser: Unternehmensversagen oder Versagen der Privatwirtschaft) vorrangig Sache des planenden Staates sein. In der Geschichte der Technikentwicklung gibt es dazu reichlich Beispiele. Dies kann bedeuten: die Gründung einer technischen Universität (im Osten Deutschlands), die sich auf die Energiefrage spezialisiert, der Aufbau eines öffentlichen Unternehmens (gegebenenfalls unter Einbeziehung von privaten Unternehmen, die in diesem Bereich arbeiten), das die Produktion übernimmt, die Verpflichtung der Verkehrsbetriebe der Gemeinden, etwa Busse mit Antrieben dieses öffentlichen Unternehmens einzusetzen. Hierbei ist an Wasserstoffantrieb auch dann zu denken, wenn dessen energetische Bilanz gegenwärtig noch schlecht aussieht. Ohne dieses Beispiel nun im Einzelnen weiter auszuarbeiten: Das Ziel ist, mit der technischen Umstrukturierung ganzer Gebrauchswertbereiche (hier Energie und Transport) zu beginnen. All diese Aufgaben übersteigen die Fähigkeit privater Unternehmen zu langfristiger Planung und Vorausschau. Wenn demnach die Linke einen größeren öffentlichen Sektor fordert, dann auch, um diese Aufgaben zu lösen. Und: Wenn die Linke die Perspektive öffentlicher Unternehmen der genannten Art entwickelt, wird

---

<sup>9</sup> Die Profitrate  $r$  ist definiert als der Quotient aus Profit  $Q$  zum Einsatz von Realkapital  $K$ ;  $r = Q/K$ . Der Kapitaleinsatz  $K$  je Outputeneinheit Energie  $O$  wird durch den Kapitalkoeffizienten  $v$  gemessen.  $K = vO$ . Durch Einsetzen folgt:  $r = Q/Ov$ . Da  $v$  sehr hoch, muss  $Q/O$  (Profitanteil je Outputeneinheit) ebenfalls sehr hoch ausfallen, wenn eine – privatwirtschaftlich hinreichende – Profitrate erzielt werden soll.



sie nicht genötigt sein, sich aus Gründen der Beschäftigung für die Weiterführung von Braunkohleförderung und -kraftwerken einzusetzen.

Der Aufbau einer solchen gemeinwirtschaftlichen Industrie wird erhebliche Kosten verursachen. Aber der Aufwand nimmt bereits überschaubare Dimensionen an, wenn die Kosten der Auslandseinsätze der Bundeswehr dagegen gerechnet werden. Hinzu kommt, dass hier Technik entwickelt und erprobt wird, die einen Exportmarkt hat. Dies kann Rüstungsexporte ersetzen.

#### 8. Export von Investitionsgütern in die Entwicklungsländer zur Erzeugung von Sonnen-, Wind- und Wasserenergie

Für den Klimaschutz ist sehr bedeutend, dass der Energiebedarf der Entwicklungs- und Schwellenländer mit alternativer Energie gedeckt wird. Dies erfordert Investitionen und Know-how. An beidem fehlt es in den betreffenden Ländern. Die wirtschaftlichen Ressourcen reichen nicht hin, in großem Stil alternative Energieproduktion in Angriff zu nehmen. Lösen lässt sich die Frage durch zusätzliche Importe aus den Industrieländern.

Freie Kapazitäten für die Herstellung entsprechender Investitionsgüter sind in den industrialisierten Ländern reichlich vorhanden. Eine schnelle Lösung erfordert, dass den Entwicklungs- und Schwellenländern Handelsbilanzdefizite ermöglicht werden und die Industrieländer entsprechende Handelsbilanzüberschüsse realisieren oder ihre Defizite senken. Beide Ländergruppen ziehen Vorteile aus diesem Arrangement. Für die Industrieländer gibt es mehr Nachfrage und damit Beschäftigung, die Entwicklungsländer bekommen Realkapital, was nicht nur die Herstellung alternativer Energie ermöglicht und zum Klimaschutz beiträgt: Es hilft auch, weniger Devisen für Energieimporte auszugeben. Damit reduziert sich alles auf die Frage der Finanzierung der Defizite: Eine Kreditaufnahme am Kapitalmarkt bringt nichts. Hier fressen die Zinsen Exporterlöse auf, die dann für den Kauf anderer Waren fehlen.

Keynes hat 1943 bei der Gründung des Internationalen Währungsfonds die entscheidende Idee entwickelt. Sein Vorschlag war für den Wiederaufbau nach dem Zweiten Weltkrieg gedacht, aber er kann ebenso gut der Finanzierung von Energie-Investitionen der Entwicklungsländer dienen. Der Grundgedanke ist einfach: Beim Internationalen Währungsfonds wird eine Clearing Union eingerichtet. Die Zentralbanken überlassen der Clearing Union Devisen, die sie für die Abwicklung ihrer internationalen Zahlungen nicht benötigen. (Praktisch wird dies eine Aufgabe von Ländern mit chronischem Handelsbilanzüberschuss.) Die von den Zentralbanken an die Clearing Union abgetretenen Devisen bilden die linke, die Aktivseite des Kontos der Clearing Union. Damit ist die Gegenbuchung und Deckung für die Ausgabe von internationalem Geld geschaffen (die rechte Seite des Kontos der Clearing Union). Dieses Geld wird den Entwicklungs- und Schwellenländern zugeteilt. Diese bezahlen damit ihre Importe von Anlagen zur Herstellung alternativer Energie.<sup>10</sup>

---

<sup>10</sup> Die Schaffung von Sonderziehungsrechten ist ein ähnliches Verfahren. Vereinfachend kann man sich das so vorstellen: Das Entwicklungsland importiert Investitionsgüter und zahlt mit eigener Währung. Der Exporteur reicht diese Zahlung an einen reformierten IMF weiter. Der stempelt dieses Geld ab und macht es so zu Weltgeld. – gegenwärtig versorgen die USA mit ihren Handelsbilanzdefiziten die Weltwirtschaft mit Weltgeld. Der Trick bestünde darin, dass dies auch mit den Handelsbilanzdefiziten der Entwicklungsländer möglich wird. Vgl hierzu, Herbert Schui und Tanja

Das Arrangement ähnelt der nationalen Geldschaffung. Sehr vereinfacht sieht das so aus: Eine nationale Zentralbank bekommt Dollar-Devisen, indem die Exporteure ihre Dollareinnahmen in nationale Währung umtauschen. Als Gegenbuchung für diese Zunahme an Aktiva gibt die nationale Zentralbank Banknoten aus. Diese werden im Austausch gegen Devisen Eigentum der Exporteure. Damit finanzieren die Exporteure ihre Produktion. Die nationale Geldmenge steigt. Dasselbe geschieht bei der Clearing Union. Das neue internationale Geld wird zunächst den Entwicklungs- und Schwellenländern zugewiesen. Diese bezahlen hiermit ihre Importe. Im Endergebnis führen die Einrichtung der Clearing Union dazu, dass als Folge von Handelsbilanzungleichgewichten nicht die nationale, sondern die internationale Geldmenge ansteigt.

Diese Clearing Union dient dem besseren Gebrauch der wirtschaftlichen Ressourcen: Die Industrieländer produzieren mehr, die Entwicklungsländer stellen Energie her, die die Umwelt nicht schädigt, und für alle kommt ein wesentlicher Beitrag zur Entschärfung der Klimafrage heraus. Das Wesentliche an diesem finanziellen Trick ist: Die Überschussländer stellen internationale Liquidität bereit, für die sie keine unmittelbare Verwendung haben. Damit werden finanzielle Ressourcen genutzt, die sonst brach liegen.

Sicherlich muss es für diese Importfinanzierung Regeln geben: Erstens darf die so finanzierte Nachfrage nicht die Produktionsmöglichkeiten der Industrieländer übersteigen. Aber das ist gegenwärtig nicht die Frage. Zweitens muss der Import dieser Investitionsgüter im Einklang sein mit dem Tempo, in dem die Entwicklungsländer die Energieinvestitionen unter technischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten vornehmen können. Drittens ist in internationalen Abmachungen festzulegen, wie die Anteile der betreffenden Produktion auf die Industrieländer zu verteilen sind und in welchem Umfang die Entwicklungsländer jeweils beliefert werden.

Es lohnt sich also, eine alte Debatte wieder aufzugreifen, die die Fachwelt und die Politik seit den 50er Jahren beschäftigt hat. Die Frage war, wie das internationale Geldwesen einen Beitrag zur Entwicklungsfinanzierung leisten könnte. An Plänen bedeutender Wirtschaftswissenschaftler aus Großbritannien und den USA hat es in dieser Zeit nicht gefehlt. Zu nennen sind vor allem Maxwell Stamp, Robert Triffin, Nicholas Kaldor und Tibor Scitovsky. 1964 beschäftigt sich die UNCTAD sehr ausführlich mit der Frage. Und noch im Brandt-Bericht von 1981 (Nord-Süd-Kommission), wird diese Möglichkeit der Entwicklungsfinanzierung behandelt.<sup>11</sup>

---

Chawla, Schaffung von internationalem Kreditgeld zur Entwicklungsfinanzierung – für eine Wiederaufnahme der Link-Diskussion, in: Informationsbrief Weltwirtschaft und Entwicklung, (W&E 03 – 04/2004 S. 4-5)

<sup>11</sup> IMF, (1985) The International Monetary Fund 1972 – 1978, Cooperation on Trial, Vol. I, Narrative and Analysis, Vol. III, Documents, IMF, Washington, D.C. ,Keynes, J., M., (1943) Proposals for an International Clearing Union. In: Horsefield, J.K., (1969), The International Monetary Fund 1945-1965, Vol. III: Documents, IMF, Washington, D.C. S. 19 – 36, Nord-Süd-Kommission (1981) Das Überleben sichern. Der Brandt-Report. Bericht der Nord-Süd-Kommission, Köln, Scitovsky, T., (1965) Requirements of an International Reserve System, Essays in International Finance, No. 49, Princeton N.Y., Scitovsky, T., (1966) A new approach to international liquidity. In: American Economic Review, Dez. 1966, S. 1212-1220, Stamp, M., (1958) The fund and the Future. In: Lloyds Bank Review, No 50,

Politisch von Interesse ist bei einer Wiederaufnahme der Link-Debatte – diesmal im Rahmen des Klimaschutzes – die Möglichkeit, die Klimafrage mit der Forderung nach einer gründlichen Reform der internationalen Finanzinstitutionen, so Weltbank und IWF, zu verbinden.

### 9. Umwelt und Drosselung des Wachstums

Bei allen vernünftigen und zweckmäßigen Details der Energie- und Umweltpolitik muss zu einem wesentlichen Punkt Klarheit geschaffen werden: Die bisherige Form des Wachstums kann nicht beibehalten werden. Vielmehr ist die Produktion überall dort zu drosseln, wo der Stoffwechsel mit der Natur die natürlichen Lebensgrundlagen beeinträchtigt. Dies macht eine gründliche Umorganisation der eingangs benannten Gebrauchswertbereiche erforderlich. Makroökonomisch ist hierbei eines von besonderer Bedeutung: Alles spricht dafür, dass die privatwirtschaftlichen Investitionen erheblich eingeschränkt werden müssen, weil besonders diese für den schädlichen Stoffwechsel mit der Natur stehen. Ein vergrößerter öffentlicher Sektor dagegen hat diesen Nachteil nicht, wenn er bessere Erziehungs- und Bildungseinrichtungen bedeutet, eine bessere Versorgung der Kranken und Alten, soziale und kulturelle Einrichtungen aller Art und vieles Ähnliche mehr. All dies sind öffentliche Dienste, die der Umwelt eher nutzen als schaden.

Bei einer Beschränkung der privatwirtschaftlichen Investitionen sind sicherlich Investitionen mit den folgenden beiden Zielen unverändert wünschenswert: Verbesserung der Technik, um die Produktion so umweltschonend wie möglich zu machen, Investitionen, die die Arbeitsproduktivität erhöhen – dies unter genauer Beachtung des Zieles der Humanisierung der Arbeitswelt. Aber auch, wenn in diesen beiden Bereichen Möglichkeiten offen bleiben: Insgesamt wird das Akkumulationstempo verringert werden müssen.

Um gesamtwirtschaftlich die Nachfrage und das Angebot in Übereinstimmung zu halten, bedeutet die Beschränkung der privaten Investitionen eine Beschränkung der privaten Gewinne. Denn – vereinfachend – gilt: Der Gewinn kauft Investitionsgüter, der Lohn und die Staatseinnahmen kaufen Konsumgüter. Sollen weniger Investitionsgüter gekauft werden, muss der Gewinn dem angepasst werden. Umgekehrt müssen vor allem die öffentlichen Einnahmen steigern, um die genannten Leistungen zu finanzieren (den öffentlichen Konsum), d.h. um den öffentlichen Dienst zu vergrößern. Damit impliziert die Lösung der Umweltfrage eine andere Verteilung zu Lasten des Gewinns. Die Beschränkung der umweltschädlichen Produktion bedeutet ebenfalls, dass der Lohn demjenigen Produktionsumfang angepasst wird, der unter Umweltgesichtspunkten vertretbar ist. Diese Restriktion greift in dem Ausmaß weniger hart, wie es möglich ist, umweltgerechte Produktion durch technischen Fortschritt zu vergrößern – aber aufgelöst werden kann diese Restriktion nicht.

---

October, Theile, K., (1981) Die Koppelung der Sonderziehungsrechte mit der Entwicklungsfinanzierung, Dissenhofen, Triffin, R., (1959) Tomorrow's Convertibility: Aims and Means of International Monetary Policy. In: Banca Nazionale del lavoro, Quarterly Review, No 49, S. 3ff, UNCTAD (1964) The Case for an International Commodity Reserve Currency, Paper by Professor A. Hart, N. Kaldor and J. Tinbergen, Feb.

Damit ist ein neuer Lebensstil skizziert: Die steigende Arbeitsproduktivität ermöglicht mehr Freizeit, die unterschiedlichen öffentlichen Dienstleistungen nehmen zu.

Mit dem kapitalistischen System aber ist das schwerlich zu haben: Der verringerte Profit bedeutet eine wesentlich geringere Profitrate. Dem stehen die immer steigenden Profitratenforderungen besonders der Großwirtschaft entgegen. Für sie ist der verringerte Profit ein unzureichender Produktionsanreiz. Da aber dennoch weiter produziert werden muss, wenngleich eher stationär als wachsend, muss die Produktion in vielen Bereichen öffentlich organisiert werden. Das selbständige Kleingewerbe hat in der neuen Ordnung unverändert eine Funktion: Denn für Bäcker oder Restaurants ist die Akkumulationsrestriktion ohne Bedeutung.